Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde nach lebhafter Diskussion angenommen. Hierauf ergriff der inzwischen erschienene

neue Stadtkommandant von Berlin, Welz

das Wort. Er mahnte die Versammlung zum Handeln. Für „Schwätzereien" sei keine Zeit. Mit scharfen Worten wendete er sich gegen das eigenmächtige Handeln der bisherigen Arbeiter- und Soldatenräte. Nur dadurch, daß Ausweiskarten leichtsinnig ausgestellt worden seien, sowie daß Werfen von Kameraden verkauft worden seien, seien einzelne bedauerliche Fälle möglich gewesen. Eine Gegenrevolution von rechts ist zur Zeit nicht zu fürchten. Die Revolution von zwei Tagen hätte nicht die alte Regierung zertrümmert, die Revolution habe vielmehr schon seit vier Jahren Fuß im deutschen Volke gefaßt. Mit scharfen Worten müsse er sich

gegen den Terrorismus von links

wenden. In Berlin und den Vororten erschienen Banden mit angeblichen Ausweisen von Soldatenräten, die plünderten und das Leben der Einwohner bedrohten. Er würde mit allen Mitteln seiner Macht dagegen einschreiten. Die Sicherheitspolizei erlaubt sich jedoch Eingriffe in die militärische Gewalt der Kommandantur, das müsse aufhören. (Starker Beifall.)

In der anschließenden langen Debatte wurde beschlossen, aus den zur Entlassung kommenden Soldaten eine freiwillige Soldatengarde zum speziellen Schutze des bürgerlichen Eigentums und Lebens zu bilden. Zum Schluß der Sitzung nahmen die vereinigten Soldatenräte einmütig Stellung gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht. Die Räte wären entschlossen, ihn, wenn er seine Agitation in den Kasernen fortsetzen sollte, an die Luft zu setzen. Durch die ganze Sitzung klang der einmütige Wille der Soldaten, Ruhe und Ordnung gegen jedwede bolschewistischen Umtriebe aufrechtzuerhalten.

* *

Eine Versammlung der Spartakusgruppe.

Berlin, 14. November. In der Versammlung der Spartakusgruppe am Donnerstag abend hatten sich etwa 1500 Personen in den Sophiensälen zu Berlin eingefunden, um hier

Protest gegen die neue Regierung

zu erheben. Die Redner schilderten unter stürmischem Beifall ihrer Zuhörer, unter denen sich fast gar keine Soldaten, desto mehr aber Frauen befanden, die Leiden, die die Anhänger der Spartakusgruppe unter der früheren Regierung erlitten hätten. Daß sie damals nicht von den immerhin schon mächtigen Sozialdemokraten, den Scheidemännern, geschützt worden wären, sei ja klar. Diese zahmen Regierungssozialisten seien schuld gewesen, daß das Volk sich geduldig habe zur Schlachtbank führen lassen, und jetzt, wo die Herren zur Macht gelangt seien, würde es nicht um einen Deut besser werden. Schon habe man ihnen Offiziere zu Vorgesetzten gegeben, die immer noch in ihrem Innersten königstreu seien. Glaube man daran, daß der Feldmarschall Hindenburg, der sich für die Volksregierung erklärte, daß dieser Mann sich in der Tat dazu entschließen könne, die rote Fahne zu verteidigen? Alle diese Herrschaften ließen den deutschen Michel ruhig austoben, um ihn dann um so besser leiten zu können. Die Soldaten aber (Zurufe: Wir brauchen überhaupt keine Soldaten!) sollten es sich wohl überlegen, daß sie nichts anderes als die Proletarier seien und nur für das freie Volk eintreten dürften. Nur einen Weg gäbe es zum Dauerfrieden: Beseitigung des Kapitalismus. Das aber könnten die Scheidemänner, die Ebert und Genossen nie und nimmer durchsetzen. Sie haben durch ihren Beschluß am 4. August 1914 die Internationale verraten und so jeden Kredit bei den Genossen im Auslande verloren. Wenn sie heute an die französischen und englischen Sozialisten herantreten und diese bitten würden, bei ihren Regierungen einen möglichst guten Frieden für Deutschland auszuwirken, so würden diese ausländischen Genossen mit Recht erwidern: Mit Scheidemann, dem Agenten des deutschen Kapitalismus und Imperialismus, verhandeln wir nicht. So müsse denn das Lebensinteresse des deutschen Volkes in die Hände der echten deutschen Proletarier gelegt werden. Wohl wollen auch wir einen Mann an der Spitze haben. (Stürmische Zurufe: Liebknecht! Anhaltender Beifall), **diesen Mann wollen wir haben**, dessen Verdienst es ist, gleich bei Beginn des Krieges uns einen Weg gewiesen zu haben, der das Morden und das Gemetzel unmöglich gemacht hätte. Und nur, wenn es unter Leitung tatkräftiger Männer gelingt, den deutschen Imperialismus und Kapitalismus zu vernichten, dann wird das Proletariat einen glücklichen Dauerfrieden genießen können. Es sprachen in demselben Sinne dann etwa 18 Redner. — In den Varusälen sprach Liebknecht vor den Jugendlichen der Unabhängigen, **der sich gleichfalls in schärfer Weise gegen die gegenwärtige Regierung wandte.**

Einheit im Handeln.

Der prachtvolle Sieg der Revolution, der seit Anfang dieser Woche gleich einer goldenen, glückverheißenden Morgenröte am politischen Horizonte des deutschen Landes steht, erfüllt die Herzen aller Volksgenossen mit froher Hoffnung. Versunken ist die alte Ordnung in einer Nacht und eine neue beginnt sich zu entfalten. Es war ein ganzer Sieg, der auf weit gestreckter Linie dem jetzigen Anschein nach auch nicht eine Burg der Reaktion zurückgelassen hat. Wir haben gewiß ein Recht auf die Freude des Siegers, um so mehr als seither der Sieg unblutig errungen worden ist.

Ueberlegen wir aber nicht, daß dieser einzig dastehende revolutionäre Erfolg uns auch mit einem Schlage vor die schwersten Aufgaben gestellt hat, die je einer siegenden Klasse erwachsen sind. Es gilt nicht nur die neue Ordnung auf der revolutionären Grundlage aufzubauen, es gilt vor allem auch, dem schlimmsten Feinde der revolutionären Errungenschaften, der Not des Volkes mit allen Kräften entgegenzuwirken. So beispiellos unser Sieg ist, so ist auch diese Not schlimmer wie sie je einem Volke gedroht hat. Um die Massen vor dem Schlimmsten zu retten, müssen wir auch die bestehenden Einrichtungen in einheitlichem Handeln in Angriff nehmen, müssen vor allem alle durch die Revolution freigewordenen Volkskräfte zu konzentrierter Arbeit zusammenfassen. Diese Einheit des Handelns läßt sich aber nur erreichen, wenn alle Beschlüsse im beschleunigten Verfahren so gefaßt werden, daß man des einheitlichen Willens der Revolutionären Räte sicher ist. Zu Verstimmungen und Konflikten, die zu vermeiden jetzt eine besondere Pflicht ist, kann es leicht führen, wenn einzelne Genossen wie im Auftrage aller handeln, ohne dazu eine ausreichende Ermächtigung zu haben.

Leider haben wir zu diesen warnenden Worten heute schon einen bestimmten Anlaß. In Leipzig und anscheinend auch in Chemnitz ist eine Proklamation folgenden Inhalts erlassen worden:

An das sächsische Volk!

Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerliche monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik.

Verwirklichung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche; Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerke, Rohstoffe, Banken, Maschinen, Verkehrsmittel usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat.

Aufgabe der sozialistischen Regierung ist, die Revolution fortzusetzen und zu steigern bis zur völligen Ueberwindung der herrschenden bürgerlichen Klasse.

Verwirklichung der Republik heißt, absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Beseitigung der Knechtschaft in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Errungenschaft der Revolution, Abschaffung aller Arten des arbeitslosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte.

Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Schwarz. Neuring. Fleißner. Rühle. Geyer. Lipinski. Seger. Heckert. Mälzer. Fellisch.

Dieser Aufruf ist offensichtlich veröffentlicht worden, ohne daß er den Arbeiter- und Soldatenräten in Chemnitz und Leipzig vorgelegt worden ist. Wir müssen daher bezweifeln, daß er dem Willen der revolutionären Räte entspricht. Wir wollen den eingesetzten Exekutiven durchaus nicht jedes selbständige Handeln verwehren, ein solches ist vielmehr dort geboten, wo schleuniges Eingreifen erforderlich ist. In diesem Falle kames aber nicht auf die Schnelligkeit, sondern darauf an, die Einheitlichkeit des Wollens für eine solche Proklamation zu sichern.

Es stand schon vor der Veröffentlichung der Proklamation fest, daß dies mindestens sehr zweifelhaft war. Im Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat sind so erhebliche Bedenken dagegen geltend gemacht worden, daß mit Mehrheit beschlossen wurde, die Veröffentlichung vorerst zu verschieben. Damit hängt folgende Mitteilung von Wolffs Landesdienst zusammen, die gestern abend bereits veröffentlicht worden ist:

Dresden, 14. November. Entgegen einem Beschluß des Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresden sind unter die Proklamation der Volksbeauftragten der Leipziger, Dresdner und Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenräte die Namen der Beauftragten des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrats gesetzt worden. Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hatte, die Proklamation zur nochmaligen Beratung zurückzuweisen, sind die Namen der Dresdner Beauftragten hinfällig. Die Genossen Schwarz und Neuring erklären, daß sie sich obengenanntem Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats gefügt haben.

Nachdem wir durch die Veröffentlichungen in Leipzig genauere Kenntnis von der Kundgebung erhalten haben, müssen wir uns den Bedenken des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrats anschließen. Wir wissen, daß für diese Resolution geltend gemacht wird, es stünde nichts weiter darin als im sozialdemokratischen Parteiprogramm. Das ist nicht zutreffend. Das gilt insbesondere von dem Satze: „Verwirklichung der Republik heißt absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse." Das mag vielleicht in einem russischen Parteiprogramm stehen aber in keinem deutschen. Der Satz entspricht vielleicht der Ansicht der russischen Bolschewiki aber nicht sozialistischen Grundsätzen.

Was hier angebahnt wird, ist der Versuch, eine Minderheits-Regierung einzusetzen, also so zu verfahren wie in Rußland. Kürzlich haben wir dargetan, daß die Diktatur des Proletariats nur ein Uebergangsstadium sein darf, die Kundgebung will sie aber zu einem dauernden machen und sie nicht durch eine wirkliche volksherrschende Demokratie ersetzen. Kein andrer wie Karl Kautsky hat in seiner letzten Schrift eingehend nachgewiesen, daß die dauernde Diktatur unmöglich ist. Somit steht dieser Satz nicht nur mit den sozialistischen Forderungen im allgemeinen, sondern auch mit den Absichten und Anschauungen der Unabhängigen in Widerspruch. Diese Kundgebung steht auch in Widerspruch mit der ersten Proklamation, die neben der Beseitigung der Dynastie die Aufhebung der beiden Ständekammern und die Einberufung einer Nationalversammlung aussprach. Vor allem aber ist dieser Satz unvereinbar mit dem Programm der jetzigen revolutionären Reichsleitung und der revolutionären Regierung in Preußen und Bayern und wahrscheinlich auch der andren Staaten. Es ist zu erwarten, daß diese Proklamation einzig dastehen und so die so nötige Einheit der revolutionären Aktion gefährden wird.

Diese Sorge bedrückt uns um so mehr, weil der letzte Satz der Proklamation so gedeutet werden kann, als sollte sich diese bewußt gegen die Reichsregierung richten, die in den Händen der Sozialdemokraten und Unabhängigen liegt, die zu gleichen Teilen darin vertreten sind. Denn es ist in diesem Satze von einer besonderen Aufgabe der sächsischen Republik die Rede. Soll diese besondere Aufgabe darin bestehen, Grundsätze zu verkünden, die sich dem Bolschewismus in Rußland bedenklich nähern, der, wenn nicht alles trügt, keinen gedeihlichen Erfolg verspricht und der, nach Deutschland verpflanzt, unsrer Meinung nach die bedenklichsten Folgen haben, insbesondere die Not des Volkes ins ungemessene steigern müßte.

Die sonstigen Sätze der Proklamation mögen mit unsrem Programm in Einklang zu bringen sein, sie kommen aber hier schärfer zugespitzt zum Ausdruck wie dort und können, zur jetzigen Zeit veröffentlicht, die Ansicht erwecken, als sei die Beseitigung des Privateigentums der nächste Schritt, obwohl das gar nicht die Absicht ist. Wie eine Provokation müßte diese Kundgebung auf das Bürgertum, vor allem auf die Behörden wirken, deren Mitarbeit vor allem am Werke der Volksernährung erforderlich ist, wenn es nicht zu den bedenklichsten Stockungen kommen soll. Soweit die Proklamation sozialistische Grundsätze bekanntgeben soll, war sie zur Zeit nicht nötig, weil diese bekannt sind und in unsrem Programm stehen. Will man aber eine richtunggebende Erklärung dennoch veröffentlichen, dann hätte man sich strenger an das Programm halten oder dieses selbst veröffentlichen können.

Nach alledem wird man erkennen, daß Grund vorhanden ist zur Einheitlichkeit im Handeln zu ermahnen, dringend zu raten, nichts zu unternehmen, was diese gefährden könnte. In einer Zeit, wo sich die Unabhängigen und die alte Sozialdemokratie zur gemeinsamen Durchführung der revolutionären Aufgaben die Hände gereicht, wo alles vom geschlossenen Einsetzen der sozialdemokratischen Führer abhängt, da ist es ein doppeltes Gebot der Stunde, alles zu unterlassen, was die Einheit gefährden könnte. Die größte Revolution aller Zeit hätte ein zu kleines Geschlecht gefunden, wenn wir aufs neue die Einheitlichkeit, die erste Vorbedingung einer erfolgreichen Durchführung der Aufgaben für die neue Zeit, vermissen ließen.

n.

Die Reichs-Arbeitslosenfürsorge.

Ueber die näheren Bestimmungen, die das Gesetz betreffend die Erwerbslosenfürsorge treffen wird, erfahren wir folgendes:

Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge werden Reichsmittel bereitgestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten. Der Fürsorge darf nicht der Charakter der Armenpflege beigelegt werden. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden wird von dem Gesamtaufwand für die Erwerbslosenfürsorge vom Reich 5/12 und von den zuständigen Bundesstaaten 1/12 erstattet. Nicht leistungsfähigen Gemeinden kann eine Erhöhung der Reichsbeihilfe bewilligt werden. Zuständig für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnortes des Arbeitslosen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen andren Ort verzogen sind, sollen möglichst nach ihrem früheren Wohnort zurückkehren und sind nach ihrer Rückkehr an den früheren Wohnort dort zu unterstützen. Dazu wird ihnen freie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 15 Jahre alten Personen zuteil werden, die infolge von Erwerbslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist näher definiert. Ein kleiner Besitz von Spargroschen oder einer Wohnungseinrichtung darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Die Erwerbslosenunterstützung ist auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu gewähren. Art und Höhe der Unterstützung, die Festsetzung einer kurzen Karenzzeit von höchstens einer Woche für die Erwerbslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer und andrer Einzelbestimmungen sind dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Es ist jedoch für eine ausreichende Unterstützung zu sorgen, die mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten und nach der Zahl der Familienmitglieder für den Ernährer als angemessen zu erachtenden Ortslöhnen entsprechen muß. An Stelle von Geldunterstützung können auch Sachleistungen treten. Ausschließungsgründe für den Bezug der Unterstützung sind Mißbrauch der Einrichtung, Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften usw.

*

Die Erwerbslosenfürsorge und die Gewerkschaften.

Der Entwurf des Gesetzes über die neue Erwerbslosenfürsorge sieht in seinem § 15 die Möglichkeit vor, daß auf Antrag einer Arbeitnehmerorganisation die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontrolle der Erwerbslosen der antragstellenden Organisation übertragen werden kann, wenn sie selbst ihren Mitgliedern eine Erwerbslosen- (Arbeitslosen-) Unterstützung gewährt und wenn sie ausreichende Garantien dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

Die Besetzung der Reichsämter.

Berlin, 14. November. (Amtlich.) Nach Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt Dr. Solf, Reichsschatzamt Schiffer, Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung Dr. Koeth, Kriegsernährungsamt Graf Wurm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Scheüch, Reichsmarineamt v. Mann, Reichsjustizamt Dr. Kraus, Reichspostamt Rüdlin. Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsernährungsamt, Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Kautsky, Reichsschatzamt Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann-Köln, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Büchner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jäckel, Kriegsministerium Göhre und Däumig, Reichsmarineamt Noske und Vogtherr, Reichsjustizamt Dr. Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen. (W. T. B.)

Berlin, 14. November. (Amtlich.) Eine Pressemitteilung über die Ressortverteilung in der Reichsleitung hat zu Irrtümern Anlaß gegeben. Die Einteilung in bestimmte Ressorts bedeutet nur eine Verteilung des Arbeitsstoffes innerhalb der Reichsleitung, im besonderen zur Erledigung der Eingänge bedeutet sie aber keineswegs einen Ersatz oder eine Aufhebung der bisherigen Staatssekretariate. Die bisherigen Staatssekretäre behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihr Arbeitsgebiet und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsleitung. (W. T. B.)

Die Rückkehr der Truppen Mackensens.

Budapest, 14. November. Zu dem Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Mackensen, worin er die Unterstützung des Nationalrats erbat, daß er die deutschen Truppen in einer Art, die mit der militärischen Ehre des deutschen Heeres vereinbar sei, zurückführen könne, schreibt der Pester Lloyd: In dieser Frage verfügt die ungarische Regierung nicht über volle Freiheit. Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages ordnen an, die Armee Mackensen zu entwaffnen. Wichtigkeit kommt bei der Abwicklung dieser Angelegenheit allerdings der Frage zu, ob genügendes Eisenbahnmaterial vorhanden ist, um die deutschen Truppen auf dem Eisenbahnwege zu befördern. Da hierzu wenig Hoffnung ist, muß damit gerechnet werden, daß die Armee Mackensen den Heimweg größtenteils in Fußmärschen wird zurücklegen müssen.

Torpedierung der Schlesien.

Aus Schleswig-Holstein kommt, so meldet der Lokalanzeiger, die Nachricht, daß das Linienschiff Schlesien mit 13200 Tonnen, das im Jahre 1916 gebaut wurde, torpediert worden ist. Das Schiff war kurz nach den Kieler Ereignissen in Flensburg vor

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181115/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG